



Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

8. Sitzung (nicht öffentlich)

8. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitz: Erich Heckelmann (SPD)

Stenograph: Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996) 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Vorlagen 12/293 und 12/294

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen

Der Ausschuß befaßt sich in seinem zweiten Beratungsgang mit Einzelaspekten des Haushalts. Die Landesregierung beantwortet Fragen der Abgeordneten und sagt zu einzelnen Themen weitergehende schriftliche Stellungnahmen zu.

Seite

- 2** **Verschiedenes** 13
- a) **Reise zum Deutschen Jugendinstitut in München**
 - b) **Atlanta (27.07. bis 04.08.1996)**
 - c) **Gesprächstermine des Ausschusses mit Organisationen und Verbänden**

Zu den Unterpunkten a) bis c) siehe Seiten 13 und 14 des
Diskussionsteils.

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Vorlagen 12/293 und 12/294

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen

Zum Titel 653 10 - Zuweisungen für die Fortbildung in der Sozialen Arbeit - fragt **Jens Petring (GRÜNE)**, wer konkret von den dort vorgeschlagenen Kürzungen betroffen werde.

Zum Titel 653 20 - Zuweisungen für Fachberater in Tageseinrichtungen für Kinder und Einschulungshilfen für ausländische Kinder - bemerkt der Abgeordnete, es gebe Hinweise auf einen begründeten Förderungsmehrbedarf seitens des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Weitere Fachkräfte sollten dort einbezogen werden.

Auch **Antonius Rösenberg (CDU)** bittet um Hintergrundinformationen zur Kürzung beim Titel 653 10, die über das hinausgingen, was bereits im Erläuterungsband nachzulesen sei.

Zu bemängeln habe er, daß der aktuelle Erläuterungsband weniger Erläuterungen anbiete als der Haushaltsplanentwurf selbst. Die Lektüre des Erläuterungsbandes sei nicht mehr so interessant wie früher. Vermißt würden insbesondere Angaben zum Antragsvolumen im investiven Bereich.

Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS) legt dar, die Mittel im Zusammenhang mit der Fortbildung in der sozialen Arbeit verteilten sich überwiegend auf die hauptberuflich Tätigen (80 : 20), die damit auch von diesen Kürzungen betroffen seien. Bei den großen in diesem Bereich tätigen Einrichtungen handele es sich um: den Caritasverband (etwa 40 %), das Diakonische Werk (etwa 30 %), das Deutsche Rote Kreuz (5 %), die Arbeiterwohlfahrt (11 %), den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (12 %). Angesichts der haushaltsmäßigen Ausgangslage halte das Kabinett diese Kürzungen für vertretbar.

Das Anliegen des DPWV sei seit längerem bekannt. Eine konstruktive Lösung im Rahmen der gegebenen Mittel habe das Land bereits im vergangenen Jahr signalisiert. Die Verhandlungen liefen noch. Dabei gehe es um insgesamt acht Fachkräfte.

Die Kritik des Abgeordneten Rösenberg bemerkt **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)**, betreffend die Struktur des Erläuterungsbandes, werde das MAGS bei der Vorbereitung des nächsten Haushalts verarbeiten. - **Bernd Flessenkemper (SPD)** regt an, dabei

nicht zu völlig alten Strukturen zurückzukehren. Die positiven Entwicklungen des Erläuterungsbandes sollten beibehalten werden. - Die Lesewahrscheinlichkeit des Erläuterungsbandes könne durch die Qualität seines Inhalts erhöht werden, merkt **Jens Petring (GRÜNE)** an.

Titel 684 10

Zuschüsse für die Aufgaben der überörtlichen Organisationen der Familienhilfe und Jugendhilfe (Landesorganisationen und Fachverbände)

Von den dort vorgesehenen Kürzungen, so **Ute Koczy (GRÜNE)**, sei besonders auch der DPWV betroffen. Sie bitte um Erläuterung.

Antonius Rüsenberg (CDU) fragt nach, wo der Ansatz für die Organisationen der Erzieherischen Jugendhilfe geblieben sei.

Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS) erklärt, die bei Titel 684 10 eingesparten Zuschüsse machten einen Teil dessen aus, was das MAGS zur Konsolidierung des Landeshaushalts beizutragen habe ("kleine Dotation"). Die große Dotation, die sogenannte Globaldotation, belaufe sich auf 30 Millionen DM. Eine Kürzung zu Lasten der Verbände entstehe nicht, weil ein Ausgleich im Globalhaushalt stattfinde. Die Mittel für das Paritätische Jugendwerk würden aus der Titelgruppe 61 aufgebracht.

Eine Aufstockung im Haushaltsplan gebe es in diesem Zusammenhang nicht, ergänzt **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)**. Das bedeute, sofern es zu einer unveränderten Verabschiedung komme, eine Kürzung bei der Familienverbandsarbeit. - Im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung habe auch das MAGS Prioritäten setzen müssen. Unbedingt ausgenommen werden sollten direkte Personalkostenzuschüsse. Betroffen seien 70 % der Fördersysteme. Auch das MAGS bedauere, daß es in anderen Bereichen zu Kürzungen gekommen sei.

Antonius Rüsenberg (CDU) moniert die falsche Prioritätensetzung. Das offenbare sich ihm zum Beispiel am Mitteleinsatz für Gutachten, Forschungsaufträge und Broschüren. - Zu den generellen Konsequenzen - in diese Richtung zielt eine Frage von **Jens Petring (GRÜNE)** - aufgrund der Mittelkürzung für Zuschüsse für die Fortbildung in der sozialen Arbeit erläutert **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)**: Das Land verfolge bei der Qualifizierung gegenüber den Trägerverbänden die Linie, daß diese Träger eine höhere finanzpolitische Verantwortung zu übernehmen hätten. Damit werde es bei den finanzschwachen Trägern weniger Fortbildung für die hauptamtlichen Kräfte geben. In bezug auf die Priorität-

tensetzung befinde sich das MAGS in enger Diskussion mit den Trägerverbänden. Es liege dann auch an den Trägern selbst, einer Entwicklung zu Lasten der Ehrenamtlichkeit entgegenzuwirken.

Zum Verteilerschlüssel bezüglich der Kürzung informiert **Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS)**: Nach dem internen, unter den Verbänden abgestimmten Verteilerschlüssel ergebe sich folgendes Bild: Auf die Caritas-Verbände entfielen etwas weniger als 600 000 DM, auf die Diakonie zirka 400 000 DM, das Deutsche Rote Kreuz 80 000 DM, die AWO mehr als 150 000 DM, das DPWV 180 000 DM, die Landschaftsverbände 200 000 DM sowie 160 000 DM auf die sonstigen freien Träger und 162 000 DM auf die Akademie für Jugendfragen Odenthal und auf "Münster" über 30 000 DM.

Titelgruppe 60 - UT 2

"Förderung der Träger von Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung"

Müsse eventuell, fragt **Antonius Rüsenberg (CDU)**, mit höheren Beträgen gerechnet werden? Wie sei der Sachstand bezüglich der Richtlinienabstimmung? - Was sei konkret mit innovativen Investitionen in der Familien- und Kinderhilfe (s. 7 d) gemeint?

Staatssekretär Dr. Bodenbender erläutert: Der Haushaltsansatz 1996 für die Schwangerschaftskonfliktberatung sei noch nicht die grundsätzliche Antwort auf die Realisierung einer angemessenen öffentlichen Förderung für alle Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, die an der Beratung teilnahmen. Beispielsweise befänden sich 41 kirchliche Träger überhaupt noch nicht in einer Landesförderung. Die Katholische Kirche etwa sei nicht bereit gewesen, sich in das bisherige Konzept einzubringen. Die Evangelische Kirche wiederum habe per vertraglicher Vereinbarungen eine Brücke bauen wollen. Vor diesem Hintergrund seien einige Stellen in die privilegierte Landesförderung hineingewachsen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gebe es nur noch eine einheitliche Beratung mit einheitlichen Zielen. Soweit die finanziellen Kräfte des Landes ausreichten, müsse das Land eine Möglichkeit eröffnen, daß die Stellen in den Genuß einer angemessenen Landesförderung kämen. Sobald das Problem der Überführung in die Landesförderung gelöst sei, müsse über das "angemessene" Niveau verhandelt werden. - 5 000 DM merkt **MDgt Dr. Harms** an, würden für Stellen an den Universitätskliniken Essen und Düsseldorf angesiedelt. - Sodann kommt **MDgt Dr. Harms** auf das Projekt Burg Blankenheim in der Eifel zu sprechen und skizziert die Genese dieses Projekts im Zusammenhang mit der Abwägung zwischen Sanierung und Verfallenlassen.

Das MAGS habe sich in den Haushaltsberatungen 1993/94 bereit erklärt, einen Betrag von etwas mehr als 1 Million DM zu übernehmen. Diese Mittel stammten aus den Bauprogram-

men des Landes (Anteil: 500 000 DM) sowie einem Komplementärbetrag aus der Titelgruppe 60. Mittlerweile sei dieser Betrag aus dem Landesjugendplan zurückgeführt worden. Aus diesem Rücktransfer stammten die "Mittel für innovative Investitionen".

Das MAGS wolle über Modellprojekte und Pilotstudien versuchen, die vorhandenen Trägerstrukturen im freien und öffentlichen Bereich mit neuen Überlegungen anzureichern und wissenschaftlich zu begleiten.

Bei dieser Gelegenheit bittet **Antonius Rösenberg (CDU)** um konkretere Ausformulierung (zum Beispiel konkrete Anträge).

MDgt Dr. Harms (MAGS) erläutert: Gesprächskontakte bestünden sei Jahren. Aus diesem Grund sei der Ansatz eingeführt worden. Zu konkreten Abschlüssen sei es bisher nicht gekommen. Das hänge auch damit zusammen, daß wegen des noch nicht beschlossenen Haushalts noch keine Mittel zugesichert werden konnten. Deshalb mache es im Augenblick keinen Sinn, sich über einzelne Projekte, die realisiert werden könnten, Gedanken zu machen.

Jens Petring (GRÜNE) pflichtet der Philosophie bei, die großen Verbände dazu zu zwingen, Prioritätensetzungen vorzunehmen. Stichwort: Globaldotationen. Gegen Ende des Haushaltsjahres sollten die Ergebnisse der Titelbewirtschaftung erörtert werden.

Josef Wilp (CDU) plädiert dafür, Neues nicht nur um der Neuerung willen auszuprobieren. Konzepte seien aufgezeigt worden, müßten aber noch substantieller untermauert werden.

In Zeiten, hält **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)** dem entgegen, in denen öffentliche Haushalte konsolidiert werden müßten und vorhandene Strukturen nicht zusammenbrechen sollten, würden Titel wie der in Rede stehende benötigt. Es dürfe nicht vorweg definiert werden, was mit "innovativ und zukunftsweisend" gemeint sei. Man müsse sich die Initiativen konkret ansehen und abklären, ob durch ein Projekt neue Entwicklungen in Gang gesetzt würden. Den Trägern wolle er jedoch an dieser Stelle auf keinen Fall einen Vorwurf machen. Die personellen und investiven Grundstrukturen der freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen müßten auf jeden Fall abgesichert werden. Es dürfe jedoch keine Entwicklung in Richtung einer rein verwalteten Politik geben.

Nach Auffassung von **Josef Wilp (CDU)** müsse es dann, wenn die Landesregierung einen solchen Titel einsetze, bestimmte Vorstellungen geben. Während der Prozeß ablaufe, solle der Ausschuß mit Informationen versorgt werden.

Titel 893 60

Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- oder Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausgestaltung von Einrichtungen

Jens Petring (GRÜNE) bittet um Auskunft, wie hoch der tatsächlich angemeldete Bedarf sei. - Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS) erläutert: Das MAGS müsse sich bei vielen Titeln auf die Finanzierung ganz dringlicher, nicht mehr aufschiebbarer Instandsetzungsinvestitionen konzentrieren oder der Anschaffung von Ausstattungen: Die Aufsummierung aller angestrebten Anträge sei jedoch nicht gleich dem Bedarf. Vielmehr handele es sich dabei um Wünsche der Träger. Qualitative Unterschiede bestünden. Leider könne nur der allernotwendigste Bedarf befriedigt werden.

Sodann wendet sich der Ausschuß der Beratung des Landesjugendplans zu:

Antonius Rüsenberg (CDU) moniert, durch die Mittelansatzkürzung bei der Förderung von Fortbildungsmaßnahmen für haupt- und nebenberufliche sowie ehrenamtliche Mitarbeiter(innen) in der außerschulischen Jugendarbeit sei wiederum die ehrenamtliche Arbeit in Mitleidenschaft gezogen. Im Zusammenhang mit den Bildungsreferenten sei von bestimmten Restmitteln die Rede gewesen. Der Ansatz sei jedoch nicht gleich geblieben. Aus der Erfahrung der Vergangenheit schließe er, daß mehr Mittel benötigt würden. Wie solle das finanziert werden?

In bezug auf die Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens bitte er um eine Aufstellung über den Abfluß der Mittel im Jahre 1995 und Auskunft darüber, welche Träger mit welchen Maßnahmen Mittel erhalten hätten. Eine entsprechende Aufstellung könne nachgeliefert werden.

Sonderurlaubsgesetz (LJP VII/1). Zum Mittelansatz bitte er um zusätzliche Erläuterungen. - Freiwilliges ökologisches Jahr (LJP VIII). Wo würden die Mittel etatisiert?

Zuweisungen an die Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Der Ansatz sei um 1 Million DM reduziert worden. Die korrespondierenden Erläuterungen befänden sich auf der Seite 175 des Haushaltsplanentwurfs. Es wäre günstig, für das dort angesprochene Modellprojekt betreffend die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule bereits einen eigenen Titel mit einer bestimmten Summe auszuweisen. Der augenblickliche Sachstand sei nicht zu durchschauen.

Die Mittelkürzung um 23 000 DM im UT 4 der Titelgruppe 61 bzw. LJP-Position I/7, führt MDgt Dr. Harms (MAGS) aus, bedeutete die Anpassung an eine konkrete Bedarfslage. - In bezug auf die im Unterteil 5 erwähnten Bildungsreferenten (knapp 300) treffe es zu, daß der seit Jahren eingestellte Betrag "gedeckelt" sei. Nur in diesem Bereich habe das MAGS

versucht, durch nicht verbrauchte Haushaltsmittel die Tarifsteigerungen für die Bildungsreferenten aufzufangen. Der letztjährige Mehrbedarf habe bei etwa 1,5 Millionen DM gelegen. Die Tendenz für 1996 sei steigend. Leider ermögliche die Verwaltung des Landesjugendplans nicht mehr, in diesem Bereich wie in den vergangenen 4 bzw. 5 Jahren weiter zu operieren. Der Mehrbedarf könne nicht mehr durch das Bündeln von Mitteln aus anderen LP-Positionen gedeckt werden.

Das Ministerium habe ein sehr zeitnahes Abfragesystem bei allen Trägern und den Landesjugendämtern installiert, so daß 1995 im Landesjugendplan eine Verausgabungsquote von 99,3 % erreicht worden sei. Nachdem die Haushaltsbewirtschaftung an den Haushaltsplan herangeführt worden sei, könne der Mehrbedarf bei den Jugendbildungsreferenten nicht mehr in der gewohnten Weise realisiert werden. Deshalb sei die im Haushaltsplan festgeschriebene Summe unverändert geblieben.

Zur Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens (LJP I/12 a und b). Anhand konkreter Projekte solle unter Bezug auf "innovative Töpfe" diskutiert werden, wo Prioritäten zu setzen seien.

Sonderurlaubsgesetz. Schon die in dem vom MAGS vorgelegten Papier beschriebene Situation zeichne sich seit Jahren dadurch aus, daß es faktisch Auf- und Abwärtsbewegungen gebe. Unter anderem hänge das von der konjunkturell beeinflussten Arbeitsmarktlage ab. Ein Teil nicht abgeflossener Mittel sei verwandt worden, um den Mehrbedarf 1995 bei den Bildungsreferenten zu befriedigen.

Für das Freiwillige ökologische Jahr gebe es in der Tat keinen Baransatz, sondern nur Verpflichtungsermächtigungen. - Betreffend die 1 Million DM habe nur eine haushaltstechnische Umwidmung stattgefunden. Irrtümlich sei dieser Betrag bei den öffentlichen Trägern veranschlagt gewesen. Für 1996 sei das korrigiert worden.

Bernd Flessenkemper (SPD) fragt, ob zu den Modellprojekten zwischen Schule und Jugendhilfe unter Berücksichtigung des in Rede stehenden Betrags (1 Million DM) bereits erste Ergebnisse wiedergegeben werden könnten.

MDgt Dr. Harms (MAGS) antwortet, die Betreuung erlaube viele Formen der Umsetzung. Ein Erfahrungsbericht sei dem Ausschuß zugesagt worden. In Zusammenarbeit mit den Landesjugendämtern und den Trägern seien Kriterien festgelegt worden. Sechzig von insgesamt 400 Anträgen seien positiv beschieden worden. Insbesondere diejenigen, die nicht berücksichtigt worden seien, seien frustriert gewesen. Das MAGS sei daran interessiert, die beispielhaft innovativen Projekte 1996 fortzuführen.

Jens Petring (GRÜNE) schlußfolgert aus der Darstellung der Landesregierung, daß der in den Haushalt eingestellte Betrag (1 Million DM) auf keinen Fall ausreichen könne, um die 1995 anfinanzierten Projekte 1996 halten zu können oder sogar noch zusätzlich neue zu berücksichtigen. Sei es Wille des MAGS, die Projekte nicht ganzjährig durchzufinanzieren?

Werde jetzt schon eine Aussage zur Fortführung der Projekte gemacht, obwohl die Erfahrungsberichte bei den Landesjugendämtern noch nicht vorlägen?

Zu den Bildungsreferenten. Bestehe unter Berücksichtigung der eingeschlagenen Linie die Gefahr, daß etwa bei den freien Trägern der offenen Jugendarbeit rechtliche Schritte eingeleitet werden könnten, eine analoge Förderungssituation (zum Beispiel Berücksichtigung der Tarifkostensteigerung) herbeizuführen?

Noch nicht mit Barmitteln unterlegte Verpflichtungsermächtigung (UT 29). Sofern sogar eine Verdoppelung der Platzzahlen über das Haushaltsjahr hinaus angestrebt werde, werde ohnehin eine Verpflichtungsermächtigung benötigt. Diese Verpflichtungsermächtigung sei für 1997 auszubringen. Welcher Bedarf entstünde - auch vor dem Hintergrund, daß Einnahmen durch zu erlangende Bundesmittel möglich seien?

MDgt Dr. Harms (MAGS) versichert, die Projekte und Gutachten, die die Landesregierung finanziere, fielen immer auf einen fruchtbaren Boden. Nichts werde für den Papierkorb produziert. - Viele Projekte seien erst im Frühjahr 1995 begonnen worden, manche sogar erst im Sommer. Auch sei die Landesregierung in laufende Projekte eingestiegen. Insofern verberge sich hinter der 1 Million DM, die das Land dazugetan habe, ein wesentlich größerer Betrag.

Vierundzwanzig der derzeit laufenden Projekte würden 1996 herausfallen, und zwar alle Projekte, die parallel zur verlässlichen Grundschule von 8.00 bis 13.00 Uhr geführt würden.

Jugendbildungsreferenten! In der Tat habe sich das Ministerium der Frage gegenüber gesehen, warum die einen befördert würden, die anderen jedoch nicht. Die Jugendbildungsreferenten würden nach einer Quote von 85 % BAT II a finanziert. Darüber hinaus erfolge die Finanzierung der Jugendbildungsreferenten in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit anders (zum Beispiel über kommunale und Trägermittel).

Freiwilliges ökologisches Jahr! Ab dem 1. August 1996 wolle die Landesregierung die Zahl der Teilnehmer(innen) auf 100 Personen aufstocken. 1997/98 sollten es 200 werden. Die derzeitigen Tendenzen ließen dies als realistisch erscheinen. Der Zielgruppe gehörten derzeit 60 % Hauptschüler und 40 % Abiturienten bzw. Abiturientinnen an (Mittelbedarf für 1996: 700 000 DM; Mittelbedarf für 1997: 1,6 Millionen DM). Wenn das Projekt wie geplant umgesetzt werde, werde mittelfristig bis 1998 eine Summe von 5,3 Millionen DM umgesetzt. Der Bund finanziere ausschließlich die Bildungsveranstaltungen.

Auf die Frage des **Antonius Rösenberg (CDU)** danach, wo das Freiwillige ökologische Jahr etatisiert werde, verweist **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)** auf die gegenseitige Deckungsfähigkeit im Rahmen des Landesjugendplans.

Es gehe darum, junge Menschen für ein wichtiges Projekt zu engagieren, bemerkt **Willi Zylajew (CDU)**. Insofern verwundere ihn, daß es keine eigene Haushaltsstelle für dieses Projekt gebe. - Es sei, bestätigt **Staatssekretär Dr. Bodenbender**, in der Tat problematisch,

eine Maßnahme zu finanzieren, für die es keinen ausgesprochenen Titel als Sicherheit gebe. Die Maßnahme selbst werde dadurch jedoch nicht gefährdet.

Wenn das Ministerium davon ausgehe, daß die Maßnahme finanzierbar sei, so **Willi Zylajew (CDU)** weiter, müsse auch bekannt sein, wie diese Finanzierung geschehen solle. Wo würden die Mittel weggenommen? Diesen Vorgang, der beinhalte, daß der vom Landtag bekundete Wille, der sich in Beschlüssen zum Haushalt manifestiere, mißachtet werde, halte er für einen unmöglichen Akt.

Bernd Flessenkemper (SPD) appelliert an das Selbstverständnis des Ausschusses, Kürzungen zu akzeptieren oder Verschiebungen vorzunehmen.

Bezüglich der Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten (LJP II/1) möchte **Jens Petring (GRÜNE)** wissen, ob es zulässig sei, insoweit eine Umschichtung vorzunehmen, als das Land unter Beibehaltung des Haushaltsansatzes den Bedarf der Einrichtungen berücksichtige, bei Tarifsteigerungen bezogen auf eine höhere Dotation reagieren zu können. Dann würde der Stab der hauptamtlichen Kräfte beispielsweise nicht reduziert. Die 6 000 DM Fördermittel würden dann genutzt, den Personalkostenmehrbedarf zu befriedigen. Der Mittelansatz würde damit nur anders dotiert. Würde einer Kommune bei bedarfsgerechter Jugendhilfeplanung auferlegt, die 6 000 DM Landesmittel aus eigenen Quellen bereitzustellen?

Lägen dem Ministerium Ergebnisse vor, fragt **Willi Zylajew (CDU)**, nach denen viele der derzeit noch mit 6 000 DM geförderten TOTs im Rahmen der kommunalen Jugendstättenarbeit mit Halbtags- oder Ganztagskräften besetzt seien? Ihm seien solche Einrichtungen aus seinem Wahlkreis bekannt. Dort habe das Land die Aufstockung in Richtung KOT nicht mehr finanziert.

MDgt Dr. Harms (MAGS) erinnert daran, daß die in Rede stehende Arbeitsleistung von 1 241 Einrichtungen aufgebracht werde (Zahl der Arbeitskräfte: zirka 3 000). Die vom Abgeordneten Petring angesprochenen Einrichtungen befänden sich überwiegend im ländlichen Raum mit einer anderen Bedarfslage als in den Großstädten.

Die Landesregierung habe bereits Beratungen in Richtung eines Dritten Ausführungsgesetzes in der aktuellen Legislaturperiode aufgenommen und die Weiterentwicklung des Landesjugendplans betont. Er gehe davon aus, daß damit auch die offene und die verbandliche Jugendarbeit in die Überlegungen einbezogen würden. In dem angesprochenen Bereich werde nur ein vereinfachter Verwendungsnachweis gefordert, den die Landesjugendämter kontrollierten. Ihm selbst lägen keine Erkenntnisse darüber vor, wie viele hauptamtliche Kräfte in denen mit 6 000 DM bedachten Einrichtungen beschäftigt würden.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung
Kapitel 060 20
Titelgruppe 60
Titel 893 60 Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger im Inland

Betroffen, so der **Vorsitzende**, sei der Jugendausschuß in bezug auf die Internationalen Universitätsferienkurse, die Förderung internationaler Partnerschaften sowie die Förderung von Partnerschaften und Kontakten im Hochschulbereich.

Bezüglich der Studentenwohnheime fragt **Jens Petring (GRÜNE)**, welches die Hintergründe der dort vorgenommenen Kürzung um 6 Millionen DM seien. - Worin bestehe die zwingende Notwendigkeit der Etatisierung des Studentenwohnheimbaus im Kapitel V. Bauprogramme des Landesjugendplans? - Der **Vorsitzende** verweist auf die historischen Zusammenhänge. Den Haushältern der jeweiligen Fraktionen solle angetragen werden, das zu ändern. Zur Frage der Kürzung solle das Wissenschaftsministerium schriftlich Stellung nehmen.

Einzelplan 07
Kapitel 07 050
Titelgruppe 63
Förderung der erzieherischen Jugendhilfe

Jens Petring (GRÜNE) fragt, ob die an dieser Stelle gekürzten Mittel zur Förderung der Personal- und Sachausgaben der Zufluchtsstätten für sexuell mißbrauchte Kinder und Jugendliche an anderer Stelle eines anderen Haushalts wieder auftauchen. Könne es sein, daß die davon betroffenen Träger über den Sachverhalt noch nicht unterrichtet seien und deshalb unnötigerweise beunruhigt?

Es handele sich in der Tat um eine Umressortierung von Mitteln in den Haushalt der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, bestätigt **MDgt Dr. Harms (MAGS)**. Betroffen seien drei Einrichtungen, und zwar in Düsseldorf, Duisburg und Bielefeld.

Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben der Jugendhilfeeinrichtungen für straffällig gewordene Jugendliche "Die Brücke"

Die Befürchtung liege nahe, so **Jens Petring (GRÜNE)**, daß aufgrund des niedrigeren Mittelansatzes weniger straffällig gewordene Jugendliche gefördert werden könnten als bisher. Jede in diesem Bereich eingesetzte Mark sei jedoch besser investiert als beim Justizminister.

Der geringere Mittelansatz sei sicherlich nicht "im Sinne des Erfinders", erwidert **MDgt Dr. Harms (MAGS)**. Bisher habe über die Zufluchtsstätten eine Möglichkeit bestanden, für einen gewissen Ausgleich zu sorgen. Das sei nun angesichts der angespannten Haushaltslage und des Umstandes, daß die Mittel nicht mehr beim MAGS zur Verfügung stünden, nicht mehr möglich.

Titelgruppe 64

Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes

Die Frage der **Ute Koczy (GRÜNE)**, welche Träger positiv bzw. negativ betroffen seien, wird das **MAGS** schriftlich beantworten.

Titelgruppe 66

Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des Sozialen Ausbildungswesens

Auf eine entsprechende Frage des **Antonius Rösenberg (CDU)** sagt **MDgt Dr. Harms (MAGS)** eine Auflistung der ISA-Projekte zu, die finanziell gefördert würden (Beratungsfunktionen, Workshops, Expertisen). Ein Beispiel, das aus diesem Titel gefördert worden sei, sei die Veranstaltung "Kinder in Not" vom März 1995. Weiterhin zu erwähnen sei das Straßenkinder-Projekt sowie Arbeiten zum 6. Jugendbericht. - Soweit konkretisierbar, erfolge auch für 1996 eine Auflistung.

Titelgruppe 80

Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK

Antonius Rösenberg (CDU) bittet um einen ersten Bericht mit einer Bilanz über die einzelnen Schritte der Umsetzung der Beschlußfassung des Landtags betreffend den Rechtsanspruch. - **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)** sagt diesen Bericht zu.

Im Zusammenhang mit den für die Überbrückungsmaßnahmen bereitgestellten Mittel möchte **Jens Petring (GRÜNE)** wissen, ob höher dotierte Überbrückungsmaßnahmen dazu führten, daß in einem größeren Umfang als zunächst finanzierbar Überbrückungsmaßnahmen von den Trägern vor Ort angeboten würden.

Er könne im Moment nicht abschätzen, wie sich die Situation entwickeln werde, antwortet **MDgt Dr. Harms**. Die für das Rechenwerk zum GTK genutzten Zahlen ließen den Schluß zu, daß die Landesregierung mit den im Entwurf eingestellten Mitteln klarkommen werde. Präzise Aussagen seien erst nach Vorlage der Bedarfsmeldungen aus den Kommunen im April oder Mai dieses Jahres möglich.

Titelgruppe 84

Kosten der Erstellung des 7. Kinder- und Jugendberichts

Antonius Rösenberg (CDU) bittet um eine Erklärung dafür, warum Mittel in Höhe von 100 000 DM (Ansatz 1996) für Sachverständige benötigt würden. - **MDgt Dr. Harms (MAGS)** antwortet, die Landesregierung beabsichtige, bereits für den nächsten Bericht zwei Expertisen in diesem Jahr zu vergeben ("Wirksamkeit der Mittel, die im Jugendbereich eingesetzt werden"; "Besondere Zielgruppen in der Jugendarbeit").

Für seine Fraktion wünscht **Jens Petring (GRÜNE)**, die Expertisen Zug um Zug und nicht erst mit drei- bzw. vierjähriger Verspätung en bloc zu erhalten. Dann erführen diese Expertisen vielleicht nicht die Würdigung, die ihnen zustehe.

Titelgruppe 85

Innovative Familien- und Kinderpolitik

Titel 526 85 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

Könne konkretisiert werden, möchte **Antonius Rösenberg (CDU)** wissen, was mit dem erhöhten Ansatz finanziert werden solle?

Leitender Ministerialrat Dr. Metzmacher (MAGS) legt dar, 1995 sei aus diesem Titel die Tagung "Familie und Medien" in Köln finanziert worden. Gleichfalls sei ein von der Stadt mitgetragener Fachkongreß in Lünen gefördert worden. Ferner unterstützt werde eine Untersuchung zur Evaluation von Beratung sowie unter anderem der Druck der Broschüre "Kinderfreundlichkeit" sowie das Faltblatt "Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub".

Mit den Mitteln für 1996 solle in Ergänzung zur Fachtagung des Kinderbeauftragten eine familienpolitische Veranstaltung im Herbst durchgeführt werden. Gedacht sei auch an verschiedene Workshops zu familienpolitischen Themen sowie die Herausgabe einer familienpolitischen Werkstattreihe. Falls erforderlich, sollten auch Expertisen aus dem Titel gefördert werden. - Das Land sei der Meinung, daß die kommunale Familienpolitik im

Vollzug der Anregungsfunktionen des Landes unterstützt werden solle. Die beiden Bereiche müßten stärker als bisher miteinander verzahnt und vernetzt werden. Vorgespräche mit dem Städtetag hätten stattgefunden. Ob das Thema gegenwärtig in die politische Landschaft paße, sei eine andere Frage.

Titelgruppe 86

Familienbezogene Selbsthilfe

Titel 684 86 - Zuschüsse an freie Träger

Antonius Rüsenberg (CDU) bemerkt, allein das Antragsvolumen für den Verband binationaler Familien und Partnerschaften beanspruche mehr als die Hälfte des Titelansatzes. Welcher Schwerpunkt werde bei der Gewichtung zwischen den Zusammenschlüssen der Mütterzentren und diesem Verband gesetzt? Lügen dem Ministerium Erkenntnisse über die Arbeit des Verbandes vor? Gebe es andere Trägerstrukturen, die diese Arbeit gleichfalls verrichteten?

MDgt Dr. Harms (MAGS) erwidert, die Summe, die in dieser neuen Titelgruppe ausgewiesen werde, sei nach Vorstellung der Landesregierung nicht der gesamte Betrag. Es bestehe nicht die Absicht, die beiden Institutionen zu 100 % institutionell zu fördern. Zu der ausgewiesenen Summe müßten die Mittel hinzugenommen werden, die das Land aus anderen Töpfen nehme. Häufig finanziert werde lediglich eine Grundstruktur. Darüber hinaus werde es eine Projektförderung geben. Die bisher vom IAF geleistete Arbeit werde noch nicht von anderen Trägern abgedeckt.

Antonius Rüsenberg (CDU) leitet den Hinweis der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände weiter, die zumindest einen Teil dieser Arbeit in ihren örtlichen Strukturen übernehme.

Kapitel 07 410

Sozialpädagogisches Institut NRW - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie -

Auf Nachfrage des Antonius Rüsenberg (CDU) konkretisiert **MDgt Dr. Harms (MAGS)**, was sich hinter den Personal- und Sachausgaben verberge: Dabei gehe es um einen Modellversuch der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, der im Sommer 1996 beginnen solle und auf drei Jahre angelegt sei. Drei Fachkräfte sollten dieses Projekt für die Bund-Länder-Kommission im SPI durchführen. Dabei sollten die Arbeiten zum Projekt "Orte für

Kinder" erneut aufgenommen werden und für Nordrhein-Westfalen beispielhaft mit zwei katholischen Schulen und fünf Kindergärten im inneren Kreis sowie des weiteren mit zwanzig Einrichtungen im äußeren Kreis untersucht werden, wie sich Kindergärten, Erzieherinnen und ihre Ausbildung an den Fachschulen auf die neuen Bedürfnisse im gesellschaftlichen Wandel einzustellen hätten.

Auf eine entsprechende Nachfrage des **Antonius Rüsenberg (CDU)** betreffend Auswirkungen einer Ergänzungsvorlage des Finanzministers entgegnet **MDgt Dr. Harms**, der MAGS-Bereich werde in seiner Titelgruppe 67 betroffen (Stichwort: Kostenerstattung an die Krankenkassen bei Schwangerschaftsabbrüchen). Ursprünglich sei eine Summe von 3,8 Millionen DM für eine halbjährliche Erstattung eingestellt worden. Aufgrund der Verhandlungen mit den Krankenkassen müsse jedoch auf eine vierteljährliche Erstattung umgestellt werden. Dadurch komme es zu einem Mehr in Höhe von 1,9 Millionen DM.

2 Verschiedenes

a) Reise zum Deutschen Jugendinstitut in München

Der **Vorsitzende** bittet die Fraktionen, ihre Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer für diese mittlerweile genehmigte Ausschußreise zu benennen, damit die Koordinierung mit den Gesprächspartnern vor Ort in München vollzogen werden könne.

b) Atlanta (27.07. bis 04.08.1996)

Der **Vorsitzende** informiert über technische Einzelheiten (zum Beispiel Gruppenstärke der Kommission, Unterbringung) und verliest sodann das geplante Programm für den Aufenthalt. - Die CDU benennt als Teilnehmer die Abgeordneten Mahlberg und Zylajew. - Die GRÜNEN-Fraktion benennt die Abgeordnete Ute Koczy. - Die SPD-Fraktion wird ihre Vertreter in den nächsten Tagen benennen.